

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln),
Tom Koenigs, Josef Philip Winkler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8868 –**

**zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage
der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Tom Koenigs, Manuel Sarrazin,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 17/5536, 17/7131 –**

**Zur Situation von Roma in der Europäischen Union und in den (potentiellen)
EU-Beitrittskandidatenstaaten**

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, ihre Ankündigung umzusetzen und eine nationale Roma-Strategie auszuarbeiten und dadurch sowie durch besondere auf Sinti und Roma (deutscher sowie nichtdeutscher Staatsangehörigkeit) zugeschnittene Integrationsmaßnahmen die Situation der Sinti und Roma in Deutschland zu verbessern. Gemeinsam mit den Ländern soll sie im Rahmen dieser Integrationsmaßnahmen den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Bildungssituation der Sinti und Roma in Deutschland richten, um zu verhindern, dass die soziale Benachteiligung vererbt wird und sich über Generationen verfestigt.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Tom Koenigs
Vorsitzender

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Pascal Kober
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Erika Steinbach, Angelika Graf (Rosenheim), Annette Groth, Pascal Kober und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 17/8868** in seiner 166. Sitzung am 9. März 2012 beraten und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, ihre Ankündigung umzusetzen und eine nationale Roma-Strategie auszuarbeiten und dadurch, sowie durch besondere auf Sinti und Roma (deutscher sowie nichtdeutscher Staatsangehörigkeit) zugeschnittene Integrationsmaßnahmen, die Situation der Sinti und Roma in Deutschland zu verbessern. Gemeinsam mit den Ländern soll sie im Rahmen dieser Integrationsmaßnahmen den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Bildungssituation der Sinti und Roma in Deutschland richten, um zu verhindern, dass die soziale Benachteiligung vererbt wird und sich über Generationen verfestigt.

Ferner soll die Bundesregierung Erkenntnisse über gegen Sinti und Roma gerichtete Fremdenfeindlichkeit (Antiziganismus) gewinnen und im Rahmen dessen auch erforschen, warum Opfer von Antiziganismus sich bislang nicht an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gewandt haben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 in seiner 85. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 in seiner 67. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Das Votum des **Ausschusses für Gesundheit** lag zum Zeitpunkt der Beratung nicht vor.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 in seiner 74. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 in seiner 62. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, man habe eine Große Anfrage an die Bundesregierung gestellt und auf die Antwort der Bundesregierung darauf beziehe sich der Entschließungsantrag. In dem Antrag werde insbesondere eine nationale Strategie zur Integration der Roma gefordert – wie es die europäische Rahmenstrategie auch vorsehe. National gebe es diese leider von Seiten der Regierung nicht. Begründet werde es damit, dass die Roma und Sinti mit deutscher Staatsangehörigkeit bestens integriert seien. Es gebe allerdings keine ausreichenden Anhaltspunkte für diese These. Es gebe keine Zahlen zu den Punkten, die die Kommission hervorhebe: Bildung, Arbeit, Wohnung und Gesundheit. Es sei aber notwendig, solche Daten zu erheben und nicht nur pauschal zu sagen, die Integration gebe es schon. Es gebe genügend Vorfälle, die Maßnahmen erforderlich machten. Deshalb sei dieser Antrag richtig und wichtig. Und man würde sich über Unterstützung freuen.

Befragungen von Bürgern zum Beispiel zeigten deutlich, dass es ein Akzeptanzproblem gebe. Auch wenn es kein Befragungskriterium bei den statistischen Erhebungen gebe, so gebe es sehr wohl Befragungen, wissenschaftliche Untersuchungen über z. B. die Bildungssituation der Roma und Sinti in Deutschland. So habe Dr. Daniel Strauss eine Befragung gemacht bei einer repräsentativen Anzahl von Roma in Deutschland mit einem erschreckenden Ergebnis im Bereich der Bildung. Dass es unter anderem Gegenstand einer Roma-Strategie sein müsse, sich der Bildungsfrage anzunehmen, sei eigentlich offensichtlich, wenn man einen so eklatanten Missstand sehe. Und dass man wissenschaftlich auch über Antiziganismus arbeiten könne, ohne in die nächste Volksbefragung noch ein Kriterium einzubeziehen, sei ebenfalls klar. Nur darauf ziele der Antrag ab. Hier werde nicht geeifert, sondern es gehe um die Verbesserung der Bildungssituation. Es gehe um eine nationale Roma-Strategie, eine Sache, die von der Europäischen Kommission gefordert worden sei. Es gehe um wissenschaftliche Studien – auch zum Antiziganismus, der eine Realität sei. Bei einer – schon etwas älteren Befragung – sei gefragt worden, wen man gerne und wen man nicht gerne als Nachbarn

hätte. Die entsprechenden Personengruppen sollten angekreuzt werden. Nur sieben Prozent der Deutschen hätten nicht gerne Juden als Nachbarn, aber 64 Prozent hätten nicht gerne „Zigeuner“ als Nachbarn. Das könne man nicht negieren. Das seien klare Phänomene des Antiziganismus und dem nicht nachzugehen, sei bei so einer anerkannten europäischen Minderheit sehr leichtsinnig.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, wenn in allen Ländern der EU die Roma so gut integriert wären wie in Deutschland, gebe es wesentlich weniger Probleme. Man teile die Auffassung der Bundesregierung. Die Antragsteller hätten die Bildungssituation von Roma-Kindern angesprochen. Alle wüssten, dass Deutschland ein Land sei, in dem Schulpflicht herrsche. Wenn dennoch die Eltern ihre Kinder häufig nicht dazu brächten, in die Schule zu gehen oder sie gar daran hinderten, dann liege das nicht an Deutschland, sondern dann habe das mit der Verantwortung der Menschen selbst zu tun. Das gebe es zwar nicht nur bei den Sinti und Roma, sondern auch bei anderen gesellschaftlichen Teilen, aber eine solche Befragung, eine solche Erhebung würde einem vielleicht mit Blick auf das Ergebnis gar nicht so gut gefallen. Das sollte einem auch bewusst sein. Man müsse sich auch bewusst machen, dass einem alle Möglichkeiten offenstünden, man aber in dieser Gesellschaft auch mittun müsse, um diese Möglichkeiten zu nutzen, insbesondere die Eltern, damit sie ihren Kindern die Zukunft nicht verschließen würden.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, sie werde dem Antrag zustimmen. Man habe dies auch schon in einer ganzen Reihe von Redebeiträgen, Presseerklärungen, eigenen Anträgen und dergleichen genau in die gleiche Richtung dokumentiert. Man sehe die Situation ähnlich wie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es sei dringend notwendig, im Bereich Forschung und Statistik etwas zu tun. Das Thema Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Wohnraumsituation sei sehr bedenklich, das heiße, man brauche valide Zahlen über die in Deutschland lebenden Sinti und Roma. Wegen der prekären Situation von Sinti und Roma, die vielleicht keine deutsche Staatsbürgerschaft hätten, aber dennoch bei uns lebten, brauche man eine nationale Strategie.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie werde den Antrag ablehnen. Es finde sich darin die interessante Aussage, dass die ethnische Zugehörigkeit kein statistisches Erhebungskriterium sei und dann werde dies kommentiert und gedeutet, dass dieses Nichtwissen nur dem Bestreiten der offensichtlichen Missstände diene. Die Bundesregierung habe es aber nicht nötig, irgendwelche Missstände zu kaschieren, indem sie sich solcher Methoden bediene, wie sie hier unterstellt würden. Es sei zumindest nachvollziehbar, dass in ganz bestimmten Bereichen des Statistikwesens nicht auf ethnische Zugehörigkeiten abgehoben werde. Es leugne ja niemand, dass es Vorurteile und Antiziganismus in Deutschland gebe. In dem Antrag werde aber der Regierung unterstellt, dass dieses Nichtwissen über statistische Erhebungen über die ethnische Zugehörigkeit der Bestreitung offensichtlicher Missstände diene. Dies müsse man weit von der Bundesregierung weisen und könne schon deshalb nicht zustimmen. Zudem seien Dinge, die im Bildungsbereich gefordert würden, Aufgabe der Länder, nicht des Bundes. Die Bundesregierung verfolge den Ansatz, dass Schwierigkeiten von Minderheiten und Zugewanderten allgemein angegangen würden und nicht nach ethnischer Zugehörigkeit unterschieden werde. Fördermaßnahmen stünden allen offen. Die Bundesregierung unterstütze zum Beispiel in der Antidiskriminierungsstelle des Bundes den Zentralrat der Sinti und Roma und sei unterstützend bei der Förderung des Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma in Heidelberg tätig. Sie tue also im nationalen Bereich schon sehr viel, ganz konkret in der Zusammenarbeit mit den Sinti und Roma. Darüberhinaus sei das Engagement sehr stark im europäischen Ausland, wo die Situation sehr zu wünschen übrig lasse und sehr kritikfähig sei. Dort sei Hilfe nötig und da engagiere man sich auch, gerade im westlichen Balkan mit Mitteln in Höhe von 3,66 Mio. Euro. Als Regierungskoalitionen, als Bundesregierung und als Gesellschaft insgesamt werde man der Verantwortung dieser Personengruppe gegenüber mehr als gerecht.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, der Antrag gehe zwar in manchen Teilen nicht weit genug, aber man werde dennoch zustimmen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Erika Steinbach
Berichterstatterin

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Pascal Kober
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

